

Familie Simon und Andrea Martina
Huber
Karlstraße 38

41199 Mönchengladbach
e-mail:
huber-moenchengladbach@t-online.de
[Tao1](#)

Mönchengladbach, 28.06.2018

Staatsanwaltschaft Mönchengladbach
Rheinbahnstr. 1
41063 Mönchengladbach
AZ 310 Js 3947/18 StA Mgl.
AZ 120 Js 657/18 StA Mgl.
AZ 120 Js 721/18 StA Mgl. Eingang 22.06.2018

Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf
Sternwartstraße 31
40223 Düsseldorf
AZ AR 158/18 Gen Sta. D'dorf

Viersen/Dülken
AZ 9 XVII 40/17
Dülkener Str. 5
41747 Viersen

Landgericht Mönchengladbach
AZ 5 T 56/18
Hohenzollernstr. 157
41061 Mönchengladbach

Antrag auf psychosoziale Prozeßbegleitung

Antrag auf Entschädigung

nach § 403 StPO Geltendmachung eines Anspruchs im

Adhäsionsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Gesetz zur Stärkung von Opfern im Strafverfahren betreffend

unsere behinderte Tochter veranlaßt uns dazu, Ihnen mitzuteilen, uns künftig bei allen Prozessen zum Beispiel vor dem LandGericht Mönchengladbach, Amtsgericht in

Viersen/Dülken eine

[Psychosoziale Prozessbegleitung](#) zur Seite zu stellen.

Begründung:

Unsere behinderte Tochter will nach Hause, der vorsorgliche und aktuelle Wille ist entscheidend, den unsere behinderte Tochter am Tag der Anhörung am 21. September 2017 vor dem Amtsgericht Viersen/Dülken Richterin Evers und am Tag der Anhörung am 08.05.2018 vor dem Landgericht Mönchengladbach dem vorsitzenden Richter Koewius und vor Zeugen bekundet hat, und den das Amtsgericht Viersen unterschlagen hat, denn es ist verpflichtet die Amtsermittlungspflicht § 26 FamFG Ermittlungen von Amts wegen nicht nur durchzuführen sondern auch zu protokollieren.

Entscheidungserhebliche Tatsachen hat unser Rechtsanwalt Herr Plantiko aus Bonn dem Gericht benannt.

Seit 2017 besteht ein neues Gesetz zur psychosozialen Prozeßbegleitung, durchgeführt vom Zornröschen e.V., ein eingetragener Verein der Stadt Mönchengladbach.

Warum wurde der Verein nicht eingesetzt, wenn doch seit Mai 2015 die Verletzungen unserer behinderten Tochter der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach, den Behörden und der Verfahrenspflegerin Frau Kaumanns sowie der Berufsbetreuerin Frau Krohn hinreichend bekannt waren.

Wir bleiben nachweislich, das heißt wir haben nur zu einer bestimmten Zeit alle zwei Wochen Umgangsrecht mit unserer behinderten Tochter, vom Heimpflege-, Familiengerichts- und Betreuungspersonal uninformatiert über den aktuellen und vorsorglichen Gesundheitszustand unserer behinderten Tochter.

Am 08.05.2018, einer nichtöffentlichen Verhandlung und Anhörung vor dem Landgericht Mönchengladbach kam es vor der Verhandlung zu einem Zwischenfall. Unsere behinderte Tochter mußte zur Toilette. Auf der Toilette zeigte sie mir, der Kindesmutter dann ihre schweren Verletzungen, die sie uns zuhause telefonisch am 05.05.2018, an dem Behindertengleichstellungstag, erstmals versuchte mitzuteilen.

Nach der Verhandlung am 08.05.2018 am Landgericht Mönchengladbach sind von uns mehrere erweiterte Strafanzeigen wegen Mißhandlung Schutzbefohlener § 225 StGB und Unterlassung von Aufsicht und Heilbehandlung an die Staatsanwaltschaft in Mönchengladbach, dem Land- und Amtsgericht sowie zur Generalstaatsanwaltschaft nach Düsseldorf erstattet worden.

Mit freundlichen Grüßen
Familie
Simon und Andrea Martina
Huber